

## Uneinige SP gegen höheres Frauen-Rentenalter

### *Einstimmige Ja-Parolen für den 25. September*

Bern, 20. Aug. (sda) Die SP will weiter gegen jede Erhöhung des Frauen-Rentenalters kämpfen, doch liess ihr Parteivorstand am Samstag in Bern offen, ob dies mit einem Referendum gegen die 10. AHV-Revision oder mit einer Initiative geschehen soll. Der auch von SP-Parlamentarierinnen mitgetragene Kompromiss der Nationalratskommission hat die SP in eine delikate Lage gebracht. Ohne Gegenstimme hat der SP-Vorstand die Ja-Parolen für das Antirassismus-Gesetz und den Verzicht auf die Brotgetreideverbilligung beschlossen.

#### Befremden über eigene Nationalrätinnen

Einhellig bekräftigte der SP-Vorstand den Beschluss des Parteitages vom Juni dieses Jahres, die Erhöhung des Frauen-Rentenalters *grundsätzlich abzulehnen* und über einen Volksentscheid zu bekämpfen. Als «nicht akzeptabel» bezeichnete er nun auch den Kompromissvorschlag der Nationalratskommission zur 10. AHV-Revision, «weil er schrittweise für alle Frauen das Rentenalter erhöht und einen grossen Teil der Frauen diskriminiert».

Verunsichert bis befremdet zeigten sich einige Vorstandsmitglieder darüber, dass auch SP-Vertreterinnen diesen Kompromiss mittragen und öffentlich verteidigten. Als Kommissionsmitglied erinnerte die Schaffhauser Nationalrätin *Ursula Hafner* daran, dass es nur noch darum gegangen sei, «zu retten, was noch zu retten war». Die nun beschlossene Lösung – sie ermöglicht erwerbstätigen Frauen während einer Übergangszeit den Rentenvorbezug um ein Jahr ohne Einbusse und um ein zweites Jahr zum halben Kürzungssatz – sei «nicht nichts». Weitergehende Vorschläge der SP habe die Kommission abgelehnt.

Auch Hafner hielt am grundsätzlichen Nein zum höheren Rentenalter fest. Mit andern Votantinnen und Votanten verwies sie aber auch auf die *positiven Seiten* der Revisionsvorlage, namentlich auf den entscheidenden Durchbruch zum Splitting mit Betreuungs- und Erziehungsgutschriften. Hafner sprach sich deshalb gegen ein Referendum aus: «Die Ablehnung des Gesetzes wäre ein Pyrrhussieg, an dem wir uns nicht freuen könnten.» Die Erhöhung des Frauen-Rentenalters von 62 auf 64 Jahre müsse mit einer Initiative bekämpft werden, und dazu bleibe bis 2005 Zeit.

#### Frauen nicht wieder auseinanderdividieren

Nicht alle waren damit einverstanden. «Wir kommen um ein Referendum nicht herum», sagte Nationalrat Paul Rechsteiner. Nach einem gewon-

nenen Referendum werde es leichter sein, die positiven Errungenschaften zu retten. Für Nationalrat Peter Vollmer werden mit dem Kommissionsvorschlag «die Frauen wieder einmal auseinanderdividiert», was den Kampf noch schwieriger mache. Die gleiche Sorge äusserte auch ein Vorstandsmitglied der SP-Frauen. «Wir dürfen uns nicht spalten lassen», sagte Parteipräsident Peter Bodenmann, «denn wir haben in dieser Sache die Mehrheit des Volkes hinter uns.»

Die Frage des geeigneten Kampfmittels blieb schliesslich *offen*. Die Geschäftsleitung wurde beauftragt, zusammen mit nahestehenden Organisationen umgehend ein «*Volksbegehren*» vorzubereiten, was sowohl ein Referendum wie eine Initiative bedeuten kann.

#### SP-Geschäftsleitung gegen Etappierung der Neat

(ap) Bundespräsident Otto Stich kann bei seinen Plänen zur *Etappierung der Neat* nicht auf die Unterstützung der eigenen Partei zählen. Der SP-Parteivorstand nahm am Samstag eine Stellungnahme der SP-Geschäftsleitung zur Kenntnis, die sich gegen ein Zurückstellen eines der beiden Basistunnels ausspricht. Stich komme das Verdienst zu, die Debatte über die Kosten der Verkehrsinfrastruktur im Alpenraum lanciert zu haben, schreibt die SP-Geschäftsleitung. Diese Debatte könne und müsse zu Lösungen führen, die besser seien und weiter gingen als das Zurückstellen eines der beiden Basistunnels. Wenn bei der Verkehrsinfrastruktur im Alpenraum gespart werde, dann müsse zuerst die *N 9* im Oberwallis *redimensioniert* werden. Zweitens müsse das ganze Neat-Projekt neu nicht mehr zu 25 Prozent, sondern zu *60 Prozent* über die Treibstoffzollkasse finanziert werden, falls richtigerweise der Autoverlad am Gotthard realisiert werde. Diese beiden Massnahmen entlasteten die Bundeskasse mehr als ein Zurückstellen oder ein Verzicht auf einen der beiden Basistunnels, schreibt die SP-Geschäftsleitung.